

Mit Frank Benz soll die Energiewende gelingen

MEHR ZUM THEMA Neuer EWF-Chef

VON LUTZ BENSELER

Waldeck-Frankenberg – Nach einem Eklat mit internationaler Reichweite hatte der langjährige EWF-Geschäftsführer Stefan Schaller im September seinen Posten bei dem heimischen Energieversorger verloren. Mit Frank Benz soll der EWF jetzt die Energie- und Klimawende gelingen.

Der 53-jährige gebürtige Baden-Württemberger ist verheiratet und Vater von zwei Kindern, 16 und 18 Jahre alt. Den Landkreis Waldeck-Frankenberg kenne er – wie viele andere auch – bisher als beliebte Urlaubsregion, die viel bietet. „Ich bedanke mich beim Aufsichtsrat für das Vertrauen und freue mich darauf, die Menschen, die Umgebung und auch die Unternehmen in Nordhessen näher kennenzulernen.“ Fest eingeplant ist schon ein Besuch beim Skisprung-Weltcup in Willingen.

Seinen künftigen Arbeitsplatz hat Benz in den vergangenen Wochen bereits kennengelernt. Besonders beeindruckt habe ihn dabei das Team: „Wir haben eine tolle Mannschaft in Waldeck-Frankenberg.“ Die EWF solle auch zukünftig einer der Top-Ar-

beitgeber in Zeiten des Wandels von Energie- und Klimawende sein.

Benz solle als ausgewiesener Experte der Energiewirtschaft den Transformationsprozess zu nachhaltiger und klimaschonender Energieversorgung begleiten, sagte Landrat Jürgen van der Horst. Die Versorgungssicherheit der Menschen und Unternehmen in Waldeck-Frankenberg langfristig zu sichern, habe angesichts der dynamischen Lage am weltweiten Energiemarkt eine besonders hohe Priorität, so der Landrat.

Gleichzeitig dankte van der Horst aber auch Inken Barth und Stefan Kieweg. Sie hatten im September 2022 für einige Monate die vorübergehende Unternehmensleitung übernommen, nachdem der ehemalige Geschäftsführer Stefan Schaller kurzfristig aus dem Unternehmen ausgeschieden war. „Sie haben in der Übergangszeit das Unternehmen auf Kurs gehalten.“ Beide werden ab April wieder in ihre angestammten Verantwortungsbereiche im Unternehmen zurückkehren – Inken Barth als Leiterin der Finanzen und Stefan Kieweg als Vertriebsleiter, beide weiter als Prokuristen.



Stellen den neuen EWF-Geschäftsführer vor: (von links) Landrat Jürgen van der Horst, EWF-Betriebsratsvorsitzender Dirk Straußberg, Prokuristin Inken Barth, Geschäftsführer Frank Benz, Prokurist Stefan Kieweg und Erster Kreisbeigeordneter Karl-Friedrich Frese.

FOTO: LUTZ BENSELER

VON ELMAR SCHULTEN

Volkmar – Die AfD-Landtagsabgeordnete Claudia Papst-Dippel aus Volkmar und ihr Ehemann, der Volkmarer AfD-Stadtverordnete Hakola Dippel, haben am Freitag überraschend ihren Austritt aus der AfD erklärt. Ihre Mandate im Landtag sowie im Stadtparlament wollen beide aber als fraktionslose Abgeordnete bis zum Ende der jeweiligen Wahlperioden behalten und mit politischer Arbeit ausfüllen. Ihren Austritt aus der AfD begründen beide mit Differenzen, die über die Jahre gewachsen seien.

Mit ihrem heutigen 60. Geburtstag will die bisherige AfD-Landtagsabgeordnete Claudia Papst-Dippel ein neues Jahrzehnt beginnen. Ein Jahrzehnt ohne die AfD, nachdem die Partei die vergangenen zehn Jahre in ihrem Leben nachhaltig geprägt hat.

Die Arbeit im Landtag habe ihr viel Freude bereitet, deshalb wolle sie auch die letzten neun Monate der Legislatur noch zu Ende bringen. Ihr sei bewusst, dass sie über die Landesliste der Partei in den Hessischen Landtag eingedrückt sei. Sie empfinde aber auch eine Verantwortung für die Menschen, die ihr ganz persönlich ihre Stimme geben hätten, sagt sie unserer Zeitung.

Zu diesem Zeitpunkt am Freitagnachmittag wissen nur ganz wenige von ihrer Entscheidung. Erst am Freitagabend gegen 20 Uhr will sie ihre Austrittserklärung offiziell per Mail an den AfD-Bundesvorstand und an die Landtagsfraktion senden. Das haben in den vergangenen

Künftig parteilos aktiv

Claudia Papst-Dippel und ihr Mann kehren AfD den Rücken



Das Lachen fällt ihnen leichter als die Entscheidung zum Austritt aus der AfD: Landtagsabgeordnete Claudia Papst-Dippel und ihr Mann Hakola Dippel.

FOTO: ELMAR SCHULTEN

fünf Jahren schon vier weitere ehemalige AfD-Abgeordnete getan. So ist die Landtagsfraktion von 19 auf jetzt 14 geschrumpft.

Auf die Frage nach ihren Gründen holt Claudia Papst-Dippel weit aus, kommt dann aber, etwas verklausuliert, auf den Punkt: „Ich trete aus der AfD aus, weil ich glaube, dass diese Partei sich schützen muss.“ Sie meint damit auch, dass sich die AfD auf ihre ursprünglichen Leitlinien zurückbesinnen müsse.

Von Basisdemokratie sei einst die Rede gewesen. Wenn sie aber jetzt sehe, wie bei den Abstimmungen auf Delegiertenparteitagen letztlich doch nur die vorher abgestimmten Listen durchgedrückt würden, dann stimme etwas nicht. Die Kreisverbän-

de Frankfurt und Gießen seien die mitgliederstärksten und damit auch die einflussreichsten. Das ließen sie die nordhessischen Kreisverbände auch spüren. Sie selber verortete sich als konservativ und liberal. Aber ja, es gebe auch die national und patriotisch eingestellten Strömungen.

Bis 2013 war Hakola Dippel meistens Nichtwähler, verrät der Volkmarer AfD-Stadtverordnete. Aber dann habe er die Leitlinien der neuen Partei gelesen und geglaubt, dass das für ihn passen könne.

In jüngster Zeit habe er aber immer mehr den Eindruck gewonnen, dass Sachverständige wie etwa seine Expertise als Forstbeamter nicht gefragt sei, zum Beispiel wenn damit die Wähler-

gruppe der Jäger verprellt werden könnte.

Ähnliche Erfahrungen habe seine Frau im Landtag gemacht. Als Heilpraktikerin sei sie offiziell zur gesundheitspolitischen Sprecherin ihrer Fraktion gewählt worden. Als dann aber Stellungnahmen zur Corona-Pandemie gefragt waren, habe die Fraktion einen eigenen Sprecher zu dem Thema benannt.

In der Fraktion sei mehrfach die Devise ausgegeben worden, dies oder jenes nicht zu sagen, weil das „politisch nicht machbar“ sei. Das aber widerspreche dem parteieigenen Anspruch „Mut zur Wahrheit“ zu zeigen. Überhaupt habe man ihr sehr früh signalisiert, dass sie auf Ebene des Landesverbands nicht mehr gewollt sei.

HINTERGRUND

Betreuung

Ein Unfall, Demenz, eine psychische Erkrankung oder Sucht: Gesetzliche Betreuer unterstützen Menschen, die ihre rechtlichen Angelegenheiten nicht mehr selbst regeln können – ob Sparkassengeschäfte, Behördengänge oder Mietangelegenheiten. Denn sobald ein Mensch zum Betreuungsfall wird, müssen Gerichte entscheiden, wer in seinem Namen künftig Entscheidungen treffen darf.

Meist sind Behinderungen oder Krankheiten wie Demenz der Grund, dass die Betroffenen selbst, Verwandte oder Ärzte die Gerichte anrufen, um den Menschen einen rechtlichen Vertreter zur Seite zu stellen, der hilft, im Alltag zu bestehen. Das können Angehörige sein, Ehrenamtliche oder Berufsbetreuer oder Beschäftigte der Betreuungsvereine.

Eine wichtige Rolle spielen Betreuungsvereine, die selbst betreuen sowie Ehrenamtliche und Angehörige beraten. Die Zahl der Vereine in Waldeck-Frankenberg ist indes von neun auf sieben geschrumpft: Die DRK-Kreisverbände Bad Wildungen und Korbach-Bad Arolsen haben das Angebot im vergangenen Jahr eingestellt, die Treffpunkte, die Lebenshilfe und das DRK Frankenberg sind noch aktiv.

1b

Mehr Mitsprache für Betreute

Neues Betreuungsrecht soll Recht auf Selbstbestimmung stärken

VON LUTZ BENSELER

Waldeck-Frankenberg – Es ist ein Paradigmenwechsel: Seit Anfang des Jahres gilt ein neues Betreuungsrecht. Das rückt den Wunsch und Willen der Betreuten jetzt noch mehr in den Vordergrund. Außerdem soll die Qualität der Betreuung verbessert werden.

„Es geht darum, Menschen, die unter Betreuung stehen, mit anderen Augen anzuschauen“, sagt Andrea Franke vom Betreuungsverein Treffpunkt in Korbach. Als Sprecherin vertritt sie auch die Landesarbeitsgemeinschaft der hessischen Betreuungsvereine.

Der Wille der Klienten war auch schon im alten Betreuungsrecht die Maxime, dem gegenüber stand aber das „objektive Wohl des Betroffenen“. Die Betreuer hatten die Angelegenheiten der Betreuten so zu besorgen, wie es von außen betrachtet deren Wohl entspricht. Dieser Passus ist nun komplett gestrichen worden. „Der Wille und Wunsch der Betreuten steht jetzt im Gesetz“, sagt Franke. So soll das Recht der Betreuten auf Selbstbestimmung gestärkt werden. Für die betreuten Menschen sei das auf jeden Fall positiv, so die Betreuerin. Das alte Gesetz sei



Beratung und Gespräche werden wichtiger: Das neue Betreuungsrecht stellt Wunsch und Willen der Betreuten noch stärker in den Vordergrund.

FOTO: SINA SCHULDT/DPA

mit der Behindertenrechtskonvention nicht mehr vereinbar gewesen.

Andrea Franke
Sprecherin
Landesarbeitsgemeinschaft
der hessischen
Betreuungsvereine



„Für uns Betreuer glaube ich, dass wir an Grenzen stoßen können – etwa wenn die Verpflichtung, den Willen

der Betreuten umzusetzen, den eigenen Wertvorstellungen widerspricht“, so Franke. In der Praxis bedeute das, noch intensivere Gespräche zu führen, um die Wünsche der Klienten zu ermitteln und entsprechend umzusetzen. „Wenn der Betreute beispielsweise auf einem teuren Handyvertrag besteht, ist es nicht unsere Aufgabe, ihm das auszureden, sondern nach Wegen zu suchen, diesen Wunsch möglich zu machen“, erklärt die Betreuerin.

Gleichzeitig ist mit der Reform die Finanzierung der Betreuungsvereine erstmals gesetzlich verankert worden. Das Land hat in der bislang freiwilligen Förderung den Vereinen im Jahr 2021 etwa 1,1 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, das soll sich bis 2025 stufenweise auf 4,2 Millionen Euro erhöhen. Damit wird die sogenannte Querschnittsarbeit finanziert: Die Vereine informieren über Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen, ge-

» ARTIKEL RECHTS